

Absender:
Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6079

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort

Rede

von Staatssekretär Dr. Sönke E. Schulz

Innen- und Rechtsausschuss, 11.02.2026

TOP 2: Bericht der Landesregierung zur
„Risikokommunikationskampagne Selbstschutz“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

schon im vergangenen Jahr baten Sie mich im Rahmen der Haushaltsanmeldungen um einen Bericht über unsere geplante Risikokommunikationskampagne, den ich Ihnen gerne zugesagt habe. Zwischenzeitlich haben uns der Anschlag auf die Berliner Stromversorgung und die weitere Verschärfung der sicherheitspolitischen Lage deutlich vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass unsere Bürgerinnen und Bürger selbst vorsorgen.

Jeder Haushalt, der auf einen längeren Stromausfall gut vorbereitet ist, kann einige Tage ohne Stromversorgung sicher überstehen. Eine gute Vorsorge hilft jeder und jedem einzelnen und gibt den Menschen in unserem Land auch die gerade im Krisenfall erforderliche Selbstsicherheit, die ganz persönliche Resilienz. Zudem werden durch eine gute Eigenvorsorge die Rettungskräfte entlastet, die sich dann um diejenigen kümmern können, die sich in wirklich lebensbedrohlichen Lagen befinden.

Lassen Sie mich eingangs betonen, dass es bei unserer Kampagne um mehr geht, als um die rein

materielle Vorsorge. Wir wollen den Menschen auch vermitteln, wie und auf welchem Wege sie sich seriös informieren können – und auch auf welchen Wegen das nicht gelingt.

Mindestens ebenso wichtig ist uns das Thema Hilfsbereitschaft: es muss nicht jeder alles selbst vorhalten – es reicht, wenn wir im Bedarfsfall wissen, wo geholfen wird.

Diese Ziele haben wir an Professor Boris Pawlowski von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kiel herangetragen. Er hat mit zwölf Studentinnen und

Studenten ein Semester lang daran gearbeitet, eine Social-Media-Kampagne für uns zu entwickeln, die auf den hohen Wert von Selbstschutz für den Krisenfall aufmerksam macht.

Die Umsetzung der Maßnahmen – wir planen derzeit zwei Veröffentlichungen pro Woche zunächst auf Facebook und Instagram – haben wir extern an eine Agentur vergeben.

Wir werden unsere Kampagne am 2. März im Rahmen einer Pressekonferenz offiziell der Öffentlichkeit vorstellen. Neben der schon am 1. März 2026 im Netz

startenden Social-Media Kampagne setzen wir auch darauf, die Menschen vor Ort im Alltag zu erreichen. In den Städten werden wir Informationstafeln aufstellen. Im ländlichen Raum setzen wir auf Großflächen und Litfasssäulen.

Höhepunkt der Kampagne soll dann der bundesweite Warntag am 10. September 2026 sein. Dort wird auch – das hat die Bildungsministerin dem Landtag ja bereits berichtet – an den Schulen im Land ein Aktionstag zum Thema Bevölkerungsschutz stattfinden. Dadurch erhoffen wir uns neben der Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem Thema in den

Schulen auch eine zusätzliche Befassung in den Familien.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich möchte abschließend noch ein Thema etwas vertiefen, das mir besonders wichtig ist: Wir haben von Beginn an viele Institutionen, Verbände und Organisationen angesprochen, ob sie unsere Kampagne über ihre Kommunikationswege unterstützen wollen. Das gilt natürlich für die Kreise und Kreisfreien Städte, die zum Teil eigene tolle Kampagnen zum Thema

gestartet haben. Dazu wollen wir keine Konkurrenz aufbauen. Wir wollen uns ergänzen. Und natürlich binden wir unsere Partner im Bevölkerungsschutz, die Hilfsorganisationen, den Landesfeuerwehrverband, das THW und die Bundeswehr eng ein, aber auch zahlreiche Institutionen und Verbände, die sich besonders um vulnerable Gruppen kümmern oder gesellschaftlich engagiert sind.

Wir tun dies aus drei Gründen: Im Ernstfall sind es neben den staatlichen Institutionen die vielen Organisationen und Verbände, die in einer Situation wie einem Blackout mit anpacken und die Bürgerinnen und

Bürger in einer Notsituation zur Seite stehen. Umso wichtiger ist es, dass wir alle gut auf diesen Ernstfall vorbereitet und informiert sind. So können wir uns gegenseitig unterstützen, um die professionellen Helferinnen und Helfer zu entlasten.

Zweitens haben wir die genannten Institutionen und Verbände gebeten, unsere Kampagne mit eigenen Themenvorschlägen zu unterstützen. Denn neben den wirklich guten Hinweisen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz gibt es noch viele weitere Themen, die aufgegriffen werden können. Dies gilt beispielsweise für Tipps zur Notstromversorgung, für Menschen, die zu

Hause gepflegt werden, oder für die Frage der Bevorratung von Lebensmitteln.

Und drittens geht es in den sozialen Netzwerken natürlich um die Reichweite. Wir wollen möglichst viele Menschen in Schleswig-Holstein mit unserer Kampagne erreichen. Je mehr davon wissen, je mehr auf diese Informationen hinweisen, desto besser sind wir alle auf Krisensituationen vorbereitet. Deshalb sind wir auch bereits auf Ihre Pressestellen zugegangen und bieten an, sie über den weiteren Verlauf unserer Kampagne auf dem neuesten Stand zu halten.

Wir sind zuversichtlich, dass unsere Kampagne ein wichtiger Baustein sein wird, damit die Menschen in Schleswig-Holstein besser informiert sind und für den Katastrophenfall bestmöglich vorsorgen. Unsere Kampagne soll die Resilienz unserer Bürgerinnen und Bürger stärken. Damit das gelingt, bitten wir herzlich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.